



Gemeinsam kämpfen, gemeinsam streiken

Steiermark. Das Landessparpaket muss verhindert werden. Dies wird aber nur gelingen, wenn wir die Bewegung auf eine neue Ebene heben.

Landeshauptmann Voves trat Leinst als Robin Hood an, der in Wien die Vermögenssteuern erstreiten wollte, wandelte sich aber zum räuberischen Sheriff der grünen Mark. Soziallandesrat Schrittwieser (SPÖ) macht für ihn dabei die Drecksarbeit und rechtfertigt mit bedenklichem Zynismus die verheerenden Einschnitte im Sozialsystem („Warum sollte man ein Kind mit Therapien fördern, wenn es eh nichts bringt“). Nach Krise und Bankenrettung gehen die Regierungen nun in allen Staaten an die Aufräumarbeiten. Die steigende Staatsverschuldung ist aus der Sicht der Bürgerlichen ein reales Problem, das die Stabilität der Währung, der Wirtschaft und des Staates gefährdet. Wo die Sozialdemokratie Regierungsverantwortung hat, betreibt sie entsprechend dieser Logik das Geschäft der Bürgerlichen. Dabei wird die Politik der massiven Förderungen für die Wirtschaft und den Standort uneingeschränkt weitergeführt. Die SPÖ-Führung sagt, dass ein Verzicht auf dieses Sparpaket in wenigen Jahren noch tiefere Einschnitte unumgänglich machen würde.

So werden mit diesem Sparpaket einmal mehr die Ärmsten der Armen ins Visier genommen. Der angesprochene Ideenwandel von LH Voves ist das Ergebnis einer Politik, welche die Diktatur der Märkte als unumstößlich ansieht. Das ändert aber nichts daran, dass Voves & Co. direkt die Verantwortung für dieses Paket der sozialen Grausamkeiten tragen. Niemand kann den steirischen Landtag zwingen ein solches Sparpaket zu verabschieden. Jede und jeder

Abgeordnete ist persönlich dafür verantwortlich, wenn Krankenhäuser geschlossen, behinderte Menschen keine Betreuung und Förderung bekommen, wenn die Mietbelastung nach dem Streichen der Wohnbeihilfe noch mehr steigt und die Kinderbetreuung für viele arbeitende Familien unleistbar wird. Es gibt kein Gesetz, kein Abkommen, das den Herrn und Frauen Landtagsabgeordneten eine solche Politik vorschreibt.

Es ginge auch anders

Die steirische Landesregierung könnte ihr Budget wie bisher fortführen, ja sogar Sozialleistungen ausbauen. Es ließen sich Spielräume schaffen und der Sparstift bei den Förderungen für Wirtschaft, Landwirtschaft und Großevents ansetzen. Wir könnten auch eine steigende Verschuldung in Kauf nehmen und eine politische Kampagne für einen neuen Finanzausgleich und eine höhere Besteuerung von Vermögen organisieren. Die Banken haben die Bundesregierung schlichtweg erpresst und Rettungspakete erzwungen. Was für die Manager und Aktionäre der Hypo-Alpe Adria oder der Raiffeisengruppe usw. recht ist, ist uns für arbeitende und kranke Menschen billig. Bauen wir politischen Druck von unten auf und fordern wir das Geld von den Reichen zur Finanzierung des Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystems.

Als Beispiel für eine solche Strategie dient uns die Geschichte der linken Liverpooler Stadtregierung in den 1980ern. Als Margret Thatcher damals den britischen



Kommunen gesetzlich verbot Schulden zu machen, widersetzte sich der Stadtrat diesem Gesetz. Die Sozialprogramme wurden fortgeführt. Der monatelange Kampf wurde unter dem Slogan „Wir brechen lieber Gesetze als die Armen“ geführt. Die marxistischen Labour-Abgeordneten gingen für die Bevölkerung sogar lieber ins Gefängnis als Sparpakete zu exekutieren.

Die SPÖ unter Druck

In vielen Städten wurde in den letzten Wochen demonstriert, Gemeinderäte (z.B. jener von Mürzschlag) lehnten einstimmig die Budgetpläne ab und in Graz gingen bereits zweimal Tausende Menschen auf die Straße. Der „Plattform 25“ ist es zu verdanken, dass der Unmut der steirischen ArbeitnehmerInnen in konzentrierter und klarer Form sichtbar wurde. Die Führung der Plattform zögerte nach ihrem ersten Erfolg vom 25. März und gab keine klaren Slogans zur Ausweitung der Proteste und ihrer Form aus (*Der Funke* argumentierte hingegen für die Einberufung einer Betriebsrätekonferenz des Sozial- und Gesundheitsbereiches um Kampfmaßnahmen anzukündigen und vorzubereiten). Die Dynamik blieb jedoch ungebremsst, da die ersten konkreten Nachrichten über den Kahlschlag und seine verheeren-

den Auswirkungen in allen sozialen Bereichen für Entsetzen und Wut sorgten.

Sogar der ÖGB, der in der Steiermark besonders eng mit der SPÖ verwoben ist, musste sich angesichts der Schwere der Angriffe und der eisernen Haltung der Landesregierung, die jedes ernsthafte Gespräch ablehnte, dazu durchringen einen Beschluss zu allgemeinen Kampfmaßnahmen zu fassen.

Sag mir wo du stehst!

Der 27. und 28. April sind entscheidende Tage für die Bewegung gegen das Sparpaket. Unter dem Druck der Straße wird die Landesregierung der Führung der Bewegung halbseidene Versprechungen machen. Eines dieser Angebote wird sein, dass es im Laufe des Budgetjahres sogenannte „Nachtragstöpfe“ geben wird. Die Abgeordneten des ÖGB und der SJ dürfen sich auf solche Versprechungen nicht verlassen, sondern müssen gegen das Budget stimmen. Alles andere wäre zynisch. Hier steht die Glaubwürdigkeit der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung und der Jugend auf dem Spiel. Wir erwarten uns von den Abgeordneten Max Lercher (Vorsitzender der SJ) und Klaus Zenz, dem Fraktionsvorsitzenden der FSG und Betriebsrat im direkt betroffenen Betreuungsverein „Mosaik“, sowie allen andern GewerkschafterIn-

nen auf der Liste der SPÖ, dass sie nicht umfallen, nicht zustimmend die Hand heben, sondern die Faust ballen und: NEIN sagen!

Rückendeckung heißt Streik!

Und wir stärken ihnen dabei den Rücken. Die Demo am 26. April kann nur ein weiterer Schritt zur Ausweitung der Proteste sein. Die SprecherInnen der „Plattform 25“ und die ÖGB-Führung haben die Verantwortung zu konkreten Kampfmaßnahmen, d.h. Streiks, in den steirischen Betrieben aufzurufen. SJ und aks dürfen nicht zögern und müssen mit SchülerInnenemos und -streiks die Jugend mobilisieren. Wir sind nicht hier um Dampf abzulassen, sondern um dieses Sparpaket zu verhindern. Und dies ist möglich, wenn wir konkrete Maßnahmen setzen:

- ★ Machen wir den Landhausplatz zu unserem Platz, solange die Abgeordneten drinnen gegen uns regieren wollen!
- ★ Für Streikmaßnahmen ab dem 27. April!
- ★ Wir lassen uns nicht die Zukunft stehlen! Für eine kämpferische Jugendbewegung und einen SchülerInnenstreik!
- ★ Wir haben diese Krise nicht verursacht – und wir werden sie jetzt auch nicht bezahlen!

Wien/Graz, 21. April 2011

Lasst uns siegen...

... oder uns es zumindest probieren. „Wer zuhause bleibt, wenn der Kampf beginnt und lässt kämpfen für seine Sache, der muss sich vorsehen, denn wer den Kampf nicht geteilt hat, der wird teilen die Niederlage!“ Mit diesen Worten von Berthold Brecht wirbt der ÖGB für die Teilnahme am Protest. Die Menschen sind bereit zu kämpfen – und nun, KollegInnen von der Führung des ÖGB und der Plattform 25:

Macht was daraus! Es genügt nicht stolz auf 580 unterstützende Initiativen zu sein, es genügt nicht die „Forderungen an die Politik flach zu halten“. Vertraut auf kein Osterwunder, sondern gebt uns den Slogan zum Tag: Kämpfen mit allen demokratischen Mitteln bis dieses Paket fällt! Wir stehen hinter Euch, doch führt uns nicht hinters Licht – sondern lasst uns die Sparlogik gemeinsam durchbrechen.

Solidarität

... aus Oberösterreich

Wir von der IG work@social OÖ der GPA-djp erklären uns solidarisch im Kampf gegen die radikalen Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich. Wir grüßen die Organisatoren der Demo am 26. 4. und die betroffenen Kollegen und Kolleginnen in der Steiermark sehr herzlich.

Wir halten es für absolut notwendig, sich gegen jede Entwicklung zur Wehr zu setzen, die den massiven Sparstift dort ansetzt, wo am wenigsten Gegenwehr zu erwarten ist – sei es von den betroffenen Klienten aber auch von uns MitarbeiterInnen.

Riffkin, ein eher konservativer Ökonom, hat einmal gesagt, dass Sozialarbeiter besser bezahlt werden müssten als Bankdirektoren, weil ohne die ersteren die Gesellschaft implodieren würde.

Da dieses Bewusstsein bei unseren Politikern völlig abhanden gekommen ist, ist es unsere gemeinsame Aufgabe den Wert unserer Arbeit aufzuzeigen, den Gegenwert dafür für uns Beschäftigte zu erkämpfen und den Anspruch eines jeden Menschen unserer Gesellschaft, in jeder schwierigen Situation ausreichende Hilfe und Unterstützung zu bekommen, einzufordern.

Wir müssen uns wehren gegen die Verstümmelung des Gemeinwohls, die tragende Säule unseres gesellschaftlichen und inneren Zusammenhalts.

Solidarische Grüße
Der Regionalaussschuss
IG work@social OÖ der GPA-djp

Kurz & bündig

Reif für den Urlaub?

Der Sommer kommt, die Betten füllen sich (wieder), der Tourismus boomt – fragt sich nur, für wen? Laut einer aktuellen Studie der AK Wien und der Gewerkschaft vida hat sich die Lage der Beschäftigten in dieser Branche in den letzten zwei Jahrzehnten im Grunde nicht geändert. Die Lohnabhängigen im Tourismus sind überwiegend weiblich (61 Prozent), unter 30 Jahre alt (42 Prozent), haben Migrationshintergrund (30 Prozent) und sind oft schlecht ausgebildet (24 Prozent nur mit Pflichtschulabschluss). Mit einem durchschnittlichen Nettolohn von 1.110 Euro hinkt die Branche zudem anderen Sektoren weit hinterher.

Goldene Nase des Monats

Falls Ex-Magna-Boss Frank Stornach die eine Milliarde Dollar, welche er für die Machtübergabe in seinem Konzern erhielt, bereits verprasst bzw. vielleicht in irgendeinem Fußballklub versenkt hat, kann er sich freuen: Er erhält nämlich für das Geschäftsjahr 2010 einen Bonus in Höhe von 60 Millionen Dollar, gegenüber „nur“ 1,98 Millionen im Jahr 2009.

In den Ring steigen!

Plattform 25. Am 25. März mobilisierte die Plattform 25 10.000 Menschen in Graz, um gegen das drohende Landesbudget zu demonstrieren. Am 11. April gingen wiederum 5000 auf die Straße. Wir veröffentlichen einen Beitrag von Samuel Stuhlpfarrer zur aktuellen Bewegung.

Konzipiert worden war die Aktion am 11. April als „Menschenkette“. Wenige hundert Menschen hätten das Grazer Landhaus symbolisch in Beschlag nehmen sollen, um so deutlich zu machen, dass es „uns allen“ gehöre. Hintergrund für die Aktion war eine krasse, mithin auch symptomatische, Fehleinschätzung der Stimmung innerhalb der Bewegung. Unmittelbar nach der Demo am 25.3 hatten die vom Belastungskurs der steirischen Landesregierung am stärksten betroffenen Sektoren Gewissheit erlangt. Die Durchführungsverordnungen (DVO) trudelten in den Geschäftsstellen der betroffenen (Sozial-)Einrichtungen ein, plötzlich hatte man Zahlen und Gesichter (derjenigen nämlich, deren Stellen unter diesen Vorzeichen abgebaut werden müssten); schlagartig wuchs die Empörung. Anders als angenommen, führte dies nicht zu einer Ermüdung, sondern zu einer Ausweitung der Bewegung. Schon in den Tagen vor der „Menschenkette“ demonstrierten in mehreren steirischen Bezirksstädten (jeweils bis zu 1000 Menschen gegen das Paket.

Vor diesem Hintergrund kam es wenig überraschend, dass aus der geplanten „Menschenkette“ eine abermalige Großdemonstration wurde. 5000 waren es schließlich, die am vergangenen Montag gegen das Paket auf die Straße gingen. Sie erhöhten ihrerseits auch den Druck auf den steirischen ÖGB, der in einer zeitgleich stattfindenden Landesvorstandssitzung, eine Großdemonstration für den 26. April beschloss. Zudem: Kampfmaßnahmen im Sozialbereich für den Fall, dass neuerliche Verhandlungen mit den Spitzen der Landesregierung ergebnislos verlaufen sollten. Die Sprecher/innen der Plattform 25 verhandeln gegenwärtig mit dem ÖGB die Eckpunkte einer gemeinsamen Ausrichtung der Demo am 26. April.

Aus heutiger Sicht scheint es absolut sicher zu sein, dass die Demo am Dienstag nach Ostern alles Bisherige bei weitem übertreffen wird. Tatsächlich wird der Erfolg der Aktion aber nicht zuletzt vom Mobilisierungswillen des ÖGB abhängen. Und davon, ob der eben erst aufgewachte schlafende Riese nicht doch noch dazu in der Lage ist, einen faulen Kompromiss mit Voves und Schützenhöfer zu verhandeln.

Für die Plattform 25 stellen sich aber - ganz abgesehen davon - weitere entscheidende Fragen. Was tun, wenn auch die Demo am 26. April die Landesregierung, nicht von ihren Budgetplänen abzubringen vermag? Wäre es angesichts dessen nicht längst legitim nach der (gelungenen) Verbreiterung der Bewegung, auch zu einer Zuspitzung in den Aktionsformen zu finden? Und wie soll es nach



Graz am 25. März. War das noch nicht deutlich genug?

einem zu befürchtenden Budgetbeschluss im steirischen Landtag (der soll am 28. April erfolgen) weitergehen? Schlüssige, die Dynamik der Bewegung antizipierende Antworten auf diese Fragen, ist man bislang schuldig geblieben. Die Verlagerung des Kampfes von der Straße in die betroffenen Betriebe und Einrichtungen dürfte, wenn dann wohl eher der ÖGB besorgen. Vorbereitende Maßnahmen hinsichtlich einer Ausweitung möglicher Arbeitskämpfe auf den produktiven Sektor der steirischen Wirtschaft sind bislang ohnedies kaum Teil der Überlegungen gewesen. Fest steht: sollte eine Zuspitzung der objektiven Situation, sprich: eine unmittelbar nach der Demo am 26. April einsetzende Eskalation der Auseinandersetzung mit der Landesregierung nicht gelingen, wird es schwierig, um nicht zu sagen, unmöglich werden, in den Wochen nach der Beschlussfassung im Landtag die Bewegung neuerlich zu entfachen. Das sollten sich zuvorderst jene Teile der Plattform 25 zu Herzen nehmen, die gegenwärtig aus Angst, die Kontrolle über die Bewegung zu verlieren, eine in Form und Inhalt rückwärtsgewandte Linie verfolgen.

Apropos Inhalte: Auch hier hat sich zuletzt deutlicher Diskussionsbedarf gezeigt. Jener Teil der - im Zuge der „Menschenkette“ vorgetragenen - „alternativen Budgetrede“ etwa, der sich mit „Strukturreformen“ als Alternative zu Einsparungen im Sozialbereich befasste, hatte - gewollt oder ungewollt - nichts anderes zum Inhalt, als den neoliberalen Rollback, der auch die Politik der schwarz-grünen Koalition in Graz kennzeichnet und dessen traditionelle Proponenten historisch zu meist aus dem Lager der ÖVP kamen (Hirschmann, Raidl, et. al.). So hieß es in besagter Rede etwa: „Die Plattform würde das vorhandene riesige Heer an BeamtInnen

einsetzen, um rasch, zackig und effizient Appelle vom Rechnungshof und von Budgetexperten umzusetzen und alle Bereiche der Verwaltung auf Sinnhaftigkeit und Kosten hin zu überprüfen und zu optimieren“ (zitiert nach *Die alternative Budgetrede der Plattform 25 am 11.4.2011*). Möglicherweise sitzt der Verfasser dieser Zeilen einem Missverständnis auf, aber war der Begriff des „Optimierens“ nicht seit jeher, einer jener Euphemismen, der den Begriff des „Stellenabbaus“ ersetzen musste (zumindest bis zu dem Zeitpunkt, da sich die Grünen das Wording der Neoliberalen selbst zu eigen machten)? Redet die Plattform 25 neuerdings dem Streichen von Jobs im öffentlichen Dienst das Wort? Stellt man sich hier wesentlich in eine Phalanx mit jenen Kräften - auch aus der Landesregierung - die im nächsten, allerspätestens jedoch im übernächsten Jahr eine „Verwaltungsreform“ durchsetzen wollen, die Stellenabbau und Erhöhung des Lohns drückt zur Folge haben wird? Und schließlich: Gibt es hier einen vorsätzlichen Unwillen die bestehende Situation - den Druck auf die Landeshaushalte über Finanzausgleich und Stabilitätspakt - zu thematisieren, um Illusionen zu schüren, es wäre in den Grenzen des Systems alles lösbar, wenn man denn nur wollte?

In der Tat würde eine Verwaltungsreform Folgen haben (Arbeitslosigkeit, Lohndruckerhöhung, Verschlechterungen im Bereich öffentlicher Dienste und Serviceangebote und nicht zuletzt eine Spaltung all jener, die von diesem Budget betroffen sind), lösen würde sie das Budgetproblem mitnichten. Die in besagter Rede gemachte Bemerkung, dass die „Sozialsysteme (...) ja nur deshalb zusammengekürzt (werden), weil die Landesregierung unfähig ist, Verwaltungsreformen durchzuführen“ (ebenda) ist schlichtweg falsch. Der Sozialbereich ist

vielmehr deshalb zentrales Ziel der Angriffe, weil er einen Sektor darstellt, in dem kein Mehrwert geschaffen wird; weil Einsparungen in einem ebensolchen Bereich (zwar auf die Kaufkraft wirken, allerdings) das Wachstum einer - noch dazu weitgehend exportorientierten - Ökonomie eben nicht gefährden (Leo Kühberger hat sich mit dieser Frage an anderer Stelle eingehender beschäftigt, es sei in diesem Zusammenhang auf seinen Beitrag verwiesen: *Dieses Budget macht Sinn, und deswegen müssen wir es verhindern!*).

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die Plattform 25 hat innerhalb kürzester Zeit Verdienste erworben, die ihr niemand mehr nehmen kann. Sie hat innersich zwei Monate eine Bewegung zum Leben erweckt, deren Kraft von kaum jemandem für möglich gehalten worden wäre. Sie hat es geschafft, den ÖGB dazu zu zwingen, in die Auseinandersetzungen um das steirische Landesbudget einzugreifen. Sie hat sich aus dem Nichts zur maßgeblichen Referenz im Kampf gegen dieses Paket aufgeschwungen. All das bringt auch eine spezifische Verantwortung mit sich. Es liegt jetzt an den in der Plattform 25 engagierten Betriebsräten, Streiks im Sozialbereich mitvorzubereiten. Es liegt an der Plattform 25, die Solidarität anderer Sektoren sicherzustellen. Es liegt an ihr, all jene zusammen zu führen, die die Ablehnung dieses Pakets eint. Es liegt an ihr, die Auseinandersetzung auf eine Weise zuzuspitzen, die dieses Belastungspaket zu verhindern imstande ist. Und es liegt mit an ihr, die Demo am 26. April zu einem Massenprotest werden zu lassen, der das Machtgefüge in diesem Land, zum Tanzen zu bringen, in der Lage ist. Die Plattform 25 hat vor rund zwei Monaten die Arena betreten. Es wäre jetzt an der Zeit, in den Ring zu steigen!

Graz, 12. April 2011

Widerstand oder Feigenblatt?

Sozialistische Jugend. Die SJ steht vor einer wichtigen Entscheidung. Will sie ein Kampfinstrument gegen Sparpakete und Armut sein oder ein linkes Feigenblatt für die SPÖ? Von *Raimund Pilz*.

Bisher weigerte sich die SJ Steiermark den Protest der „Plattform 25“ gegen das Sparpaket zu unterstützen. SJ-Landesvorsitzender und Landtagsabgeordneter Max Lercher wusste nichts Besseres als dem SPÖ-Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser öffentlich das Vertrauen auszusprechen („Den Sigi kenn ich, der wird das schon gut gemacht haben“). Auf Facebook argumentierte er wie ein junger Konservativer offen, dass es keine Alternative zu diesem Sparpaket gäbe. Im Laufe der Zeit startete die SJ zumindest eine Kampagne für „Reichensteuern“ zur Finanzierung des Budgetlochs.

Erst als der ÖGB gemeinsam mit der „Plattform 25“ für die Demo am 26. April aufrief, traute sich auch die Führung der SJ. Sie unterstützt nun offiziell auch die Demo am 26. April. Doch die Art und Weise, wie das geschieht, ist weiterhin völlig unzureichend. Außer einer Presseaussendung gibt es keine Mobilisierung dafür. Auf ihrer Homepage wird weiterhin

das Thema Sparpaket totgeschwiegen. Die inhaltliche Stoßrichtung lautet: „Zentraler Forderungspunkt bleibt die Einführung von Vermögens- und Kapitalsteuern, um Länder und Gemeinden zu entlasten und so wichtige sozialpolitische Maßnahmen weiter zu finanzieren bzw. auszubauen.“ Neben einer Vermögenssteuer auf Bundesebene fordert die SJ auf Landesebene noch eine Erhöhung der Glücksspielabgabe, eine Jagdabgabe, eine Nahverkehrsabgabe bzw. die sogenannten Schotterabgabe. Das Ziel der SJ ist es nicht das Sparpaket zu verhindern, sondern durch „diese zusätzlichen Steuereinnahmen die drastischen Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich im Rahmen des steirischen Landesbudgets ab(zu)federn“.

Worin liegt der Unterschied zwischen dem Auftreten der SJ auf Bundesebene, wo sie Widerstand gegen das Sparpaket der Bundesregierung mitorganisiert hat, und ihrer Haltung in der Steiermark, wo sie einen Eiertanz aufführt und es nicht schafft das Sparpaket ab-

zulehnen? Der Grund ist, dass sie mit Max Lercher in einer Position ist, wo sie eine entscheidende Stimme hat. Und da ist der Druck seitens der Parteiführung enorm groß. Das musste schon einst ein Josef Cap erkennen. Nur eine marxistische SJ, die politisch und finanziell von der SPÖ komplett unabhängig ist, kann in so einer Situation standfest bleiben.

Max Lercher könnte zu einer Symbolfigur des Widerstands gegen das Sparpaket werden. Mit seiner Stimme kann er die Stimmung in der Partei kippen. Er sollte öffentlich erklären, dass er im Landtag nicht für das Sparpaket stimmen wird und die GewerkschafterInnen im Landtag auffordern, es ihm gleichzutun. Es darf keinen Klubzwang geben, wenn das Schicksal von tausenden Menschen auf dem Spiel steht.

Die SJ sollte Max Lercher mit einer bundesweite Kampagne gegen diese Kürzungspolitik den Rücken stärken. Denn: Echte SozialistInnen werden sich dem Druck der SPÖ-Spitze nicht beugen.

Solidarität aus Vorarlberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen der „Plattform 25“!

Wir möchten euch auf diesem Weg vollen Erfolg für euren Kampf gegen das Sparpaket der steirischen Landesregierung wünschen. Diese Protestbewegung kann für ganz Österreich beispielgebend wirken und verdient unser aller Solidarität!

Wir von der SJ Vorarlberg haben bereits im Herbst auf dieses Sparpaket hingewiesen und auf dem Verbandstag der Sozialistischen Jugend einen Antrag eingebracht, indem sich die SJ unmissverständlich gegen Sparpakete in den Bundesländern ausspricht – auch wenn sich die SPÖ in der Landesregierung für die Budgetpolitik verantwortlich zeichnet. In dem Antrag haben wir geschrieben, dass wir „auf der Seite der betroffenen Kolle-

gInnen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich gegen jede Form von Leistungskürzung in diesen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen klar Position beziehen“ und dass „unsere Stimme kompromisslos gegen Sozialabbau gerichtet sein“ muss.

Wir akzeptieren den angeblichen Sparzwang nicht. Der neoliberalen Logik „TINA – There is no alternative“ einer Margaret Thatcher, die jetzt sogar SozialdemokratInnen vertreten, halten wir eins entgegen: „Wir zahlen Eure Krise nicht!“

In diesem Sinne hoffen wir, dass die Großdemo in Graz ein erster Schritt zu einer breiten Bewegung gegen Sozialabbau wird.

Benni Brunner, Vorsitzender der SJ Vorarlberg, 23. März 2011

Der Funke springt über!

UnterstützerInnen der marxistischen Strömung sind nun auch in der steiermärkischen ArbeiterInnen- und Jugendbewegung aktiv.

Wenn du willst, dass unsere Ideen auch hier ein größeres Echo bekommen, zögere nicht dich mit uns in Kontakt zu setzen: 0650-9061930 (Raimund) oder redaktion@derfunke.at

Komm zu unseren Infotischen am 1. Mai:

★ 10:45 am Hauptplatz auf der Maifeier der SPÖ-Graz (Beginn des Aufmarsches ist um 9:30 beim Künstlerhaus)

★ Nachmittags auf dem Maifest der KPÖ beim Volkshaus (Lagergasse 98a)

Für uns, fürs Klientel, für Streik!

Sozial- und Gesundheitsbereich. Das Verantwortungsgefühl gegenüber PatientInnen und KlientInnen ist oft ein Hindernisgrund um für die eigenen Rechte zu streiken. Wie dies aber dennoch möglich ist, erläutert *Lis Mandl*.

Der Kampf der KollegInnen bei pro mente und EXIT Sozial in Oberösterreich gegen die Kürzung des Budgets in drei Einrichtungen um 33% und 118 Kündigungen hat zweierlei gezeigt: 1. Auch der Sozial- und Gesundheitsbereich kann streiken und 2. Wir können gewinnen! Immerhin haben mehr als 3.000 Streikstunden und kämpferische Demonstrationen dazu geführt, dass die Kündigungen auf 34 reduziert wurden und die Krisendienste weiter finanziert werden. Zusätzlich wurde ein Sozialplan abgeschlossen.

Gerade jetzt ist aber klar, dass die Angriffe in Oberösterreich kein Einzelfall waren. Nur wenig später wurden bei Sozial Global in Wien 385 Änderungskündigungen angedroht. Damit sollen langjährige Beschäftigte gezwungen werden, in den für sie schlechteren BAGS-Kollektivvertrag zu wechseln. Und nun drohen massive Einsparungen im gesamten steirischen Gesundheits- und Sozialbereich. Ganze Bereiche können ihre Kernaufgaben nicht mehr erfüllen, unglaublicher Druck wird auf die Beschäftigten in Form von Erhöhung der KlientInnenzahl bei schlechteren Rahmenbedingungen zukommen. Diese Rückentwicklung kann seit Jahren beobachtet werden. Die

zersplitterte Szene konnte bis jetzt wenig Gegenwehr entwickeln. Zu groß die Individualisierung, zu stark das Verantwortungsgefühl gegenüber den KlientInnen. Neu ist allerdings, dass nun über die Möglichkeit zu streiken wieder laut nachgedacht wird: „Wie kann ein Streik im Gesundheits- und Sozialbereich aussehen? Was passiert mit unseren KlientInnen, PatientInnen, Kindern, Jugendlichen...?“

Streik für AnfängerInnen

Das Verantwortungsgefühl gegenüber der Arbeit ist oft ein Hindernisgrund, um sich für die eigenen Bedürfnisse einzusetzen. Deutschland bietet ein gutes Beispiel, dass trotz hohem (oder gerade wegen dem) Verantwortungsbewusstsein gegenüber den KlientInnen ein Streik möglich ist und noch dazu von der restlichen Bevölkerung solidarisch unterstützt wird. Eltern, Angehörige, PatientInnen, ... sind meistens auch Lohnabhängige, die einen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen mit großer Sympathie verfolgen. Dazu muss ein Streik offensiv geführt werden und in die Öffentlichkeit getragen werden. Eine gegenseitige Solidarisierung von Streikenden und

KlientInnen ist da Ziel. So kann sich die Belegschaft darauf einigen bestimmte Tätigkeiten nicht auszuführen und den KlientInnen trotzdem zur Verfügung zu stehen. Denn auch die NutznießerInnen haben ein Interesse an (und ein Recht auf) guter, qualitativ hochwertiger Dienstleistung. Interessantes Detail: Die meisten Beschäftigten wissen genau, wie der Betrieb läuft. Deshalb konnten auch in allen Streiks effiziente Notdienste (z.B. im Krankenhaus oder Suizidprävention) angeboten werden. Wichtig ist die Verantwortung zurückzugeben: Denn nicht wir lassen die Leute im Stich!

Burn it statt burn out!

Jetzt gilt es, einen Schritt weiter zu gehen. Wie dieser aussehen muss, haben die KollegInnen in Oberösterreich gezeigt. Wir im Sozialbereich lassen uns nichts mehr gefallen. Wenn die Geschäftsführungen und die politisch Verantwortlichen unsere Arbeits- und Lebensbedingungen bedrohen, werden wir uns wehren – auf der Straße und in den Betrieben. Egal ob nun der Kindergarten Ausflug zu einem kollektiven Protestwandertag umfunktioniert wird, Jugendliche in den Jugendzentren Transparente



Linz. Die Beschäftigten der psychosozialen Dienste erkämpften Teilerfolg.

malen oder gemeinsam zur gleichen Zeit das Parlament „besuchen“, Rettungsautos mit Slogans besprüht werden, Krankenhäuser nur Notdienste fahren – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Gerade unsere gesellschaftliche Bedeutung ist unsere stärkste Waffe, die es gilt auch für uns zu nutzen. Wir sind uns und unseren KlientInnen verpflichtet für gute Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Wir fordern daher:

★ ein Ende von Ausgliederungen und Privatisierungen im Sozial- und Gesundheitsbereich und die sofortige Wiedereingliederung aller schon ausgegliederten bzw. privatisierten Bereiche unter Kontrolle der Beschäftigten und Lei-

stungsnutzerInnen: Sozial- und Gesundheitsleistungen dürfen nicht Spielwiese von Profitinteressen sein!

★ die Umsetzung der 32-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

★ die Anhebung der Mindestlöhne/-gehälter der Kollektivverträge im Sozial- und Gesundheitsbereich zumindest auf das jeweilige Medianeinkommen

★ den Einsatz aller erforderlichen gewerkschaftlichen Kampfinstrumente zur Durchsetzung dieser Forderungen. Die Zeit des Kompromisses ist vorbei! Für uns, fürs Klientel – für Streik!

Lis ist KAV-Angestellte und Mitglied bei work@social.wien

Wir kämpfen für...

...einen sozialistischen Kurswechsel

Schon die letzten Jahre waren durch die Offensive der Bürgerlichen gekennzeichnet: Sozialabbau, Bildungsabbau, radikale Veränderungen in der Arbeitswelt auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen, die Aufrüstung eines „Big Brother“-Staates, Rassismus und Frauenunterdrückung. Als Antwort auf die kapitalistische Krise versuchen sie das Rad der Zeit noch weiter zurückzudrehen und die sozialen und demokratischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte völlig abzuschaffen. Auf diese Politik des Klassenkampfes von oben gibt es nur eine Antwort:

- ★ Eure Krise zahlen wir nicht!
- ★ Nein zur „Sozialpartnerschaft“! Klassenkampf von unten!
- ★ Statt kapitalistischer Krisenverwaltung braucht es einen sozialistischen Kurswechsel!

...Arbeit für alle

Arbeit wäre in dieser Gesellschaft genug vorhanden. Auf der Jagd nach maximalen Profiten setzen die Unternehmen aber auf Personalabbau und Rationalisierungen. Wer seinen Job behält, muss länger und härter arbeiten - dafür wächst das Heer der Arbeitslosen.

- ★ Wir fordern eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Nein zu dauernden Überstunden.
- ★ Kein Stellenabbau im öffentlichen Dienst.
- ★ Keine Kürzungen in der Arbeitslosenversicherung. Keine Zwangsarbeit für Arbeitslose!

...einen Mindestlohn, in der Höhe von zwei Dritteln des Medianeinkommens

Was uns als „neues Jobwunder“ verkauft wird, ist nichts anderes als die Schaffung eines Billiglohnssektors: Jobs, von denen man nicht wirklich leben kann. Mit den „flexiblen“ Arbeitskräften will man die Löhne und Sozialleistungen aller Beschäftigten nach unten drücken.

- ★ Nein zu Arbeit auf Abruf. Nein zu Hungerlöhnen!
- ★ Nein zu Arbeitszeitflexibilisierung und Prekarisierung! Für eine offensive, kämpferische Lohnpolitik der Gewerkschaften!

...einen sofortigen Privatisierungsstopp

Privatisierungen gefährden Zehntausende Arbeitsplätze und die Qualität grundlegender öffentlicher Dienstleistungen.

- ★ Nein zu allen Privatisierungsplänen und Ausgliederungen!
- ★ Für die Überführung von allen privatisierten Industriebetrieben in Gemeinschaftseigentum unter der demokratischen Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten. Entschädigungszahlungen nur bei erwiesener Bedürftigkeit.

...ein öffentliches, soziales und demokratisches Bildungssystem

Rücknahme aller Einsparungen bei den Schulen und Universitäten. Der Staat muss die Finanzierung eines qualitativ hochwertigen Bildungssystems garantieren.

- ★ Nein zur Schulautonomie und zur Vollrechtsfähigkeit der Unis. Konzerne haben an den Schulen und Unis nichts verloren. Bildung darf keine Ware sein!
- ★ Nein zu Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen. Stipendien für alle SchülerInnen und Studierenden ab dem 16. Le-

bensjahr, von denen sie leben können.

- ★ Für eine demokratische Verwaltung aller Bildungseinrichtungen durch Studierende und Lehrende.
- ★ Für das Recht auf freie Wahl der eigenen Ausbildung. Gegen Zwangsmaßnahmen für Lehrlinge. Für eine Lehrlingsentschädigung von der man selbstständig leben kann.

...ein soziales und öffentliches Gesundheitssystem

Das Gesundheitssystem muss allen frei zugänglich sein. Keine weiteren Einsparungen und Kürzungen im Spitalswesen. Keine Belastungen für die, die das Gesundheitssystem in Anspruch nehmen müssen. Überführung der Pharmakonzerne in Gemeinschaftseigentum.

- ★ Mit der Gesundheit der Menschen dürfen keine Profite gemacht werden!
- ★ Wir fordern zusätzliches medizinisches und Pflegepersonal zur Betreuung von Kranken.

...eine soziale Pensionsvorsorge

Wir lehnen alle Pensionsreformen entschieden ab, die zu Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen führen. Das Ziel dieser „Reformen“ ist klar: Aushöhlung des öffentlichen Pensionssystems, damit private Versicherungskonzerne mit der Pensionsvorsorge schnelle Profite machen kann.

- ★ 35 Jahre Arbeit sind genug!
- ★ Für eine Mindestpension in der Höhe der Mindestlöhne. Für eine Obergrenze bei den Pensionen.
- ★ Für eine Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung des Pensionssystems.

...eine Gesellschaft ohne Frauenunterdrückung

Frauen sind noch immer auf vielfältige Weise Unterdrückung ausgesetzt.

- ★ Wir fordern den Ausbau von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen und die Vergesellschaftung der Hausarbeit mit dem Ziel, Frauen aus ihrer Doppel- und Dreifachbelastung zu befreien.
- ★ Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit!
- ★ Gegen alle Formen von geschlechtlicher Ungleichbehandlung!

...ein Ende aller Formen von Diskriminierung von MigrantInnen

Die „Fremdengesetze“ sind ein wichtiges Instrument der Herrschenden zur Spaltung der ArbeiterInnenklasse in In- und AusländerInnen: Die gesetzliche Diskriminierung ist die Voraussetzung dafür, dass MigrantInnen und AsylwerberInnen zum Drücken von Löhnen und Sozialstandards missbraucht werden können.

- ★ Für eine Kampagne der Gewerkschaften zur Organisation von MigrantInnen und allen Beschäftigten unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft.
- ★ Gegen jede Form von Rassismus!
- ★ Für ein Bleiberecht für alle!

...ein Ende staatlicher Repression

Die Polizei bekommt immer mehr Befugnisse. Still und leise wird der Staatsapparat aufgerüstet. Was scheinbar gegen die „organisierte Kriminalität“ gerichtet ist, kann schnell zur Waffe gegen jene werden, die sich diesem System nicht unterwerfen wollen.

- ★ Nein zu allen polizeistaatlichen Maßnahmen! Weg mit dem Mafia-§ 278a!
- ★ Nein zu einem Berufsheer.

...eine gesunde Umwelt

Solange die kapitalistische Profitmaximierung in der Industrie, der Energie-, der Transportwirtschaft und der Lebensmittelproduktion das oberste Prinzip darstellt, wird die Umwelt mit all seinen negativen Konsequenzen für die Gesundheit der Menschen zerstört werden.

...starke Gewerkschaften

Die UnternehmerInnen sehen die Zeit gekommen, auf die „Sozialpartnerschaft“ zu verzichten. Mit den alten Methoden können die Gewerkschaften die Interessen der ArbeitnehmerInnen nicht mehr durchsetzen. Die Gewerkschaften müssen wieder Kampfinstrumente werden.

- ★ Für eine Demokratisierung der Gewerkschaften. Keine Geheimverhandlungen mit der Regierung und den UnternehmerInnen!
- ★ Urabstimmungen in allen wichtigen Fragen!
- ★ Facharbeiterlohn für FunktionärInnen!
- ★ Aufbau von lebendigen Betriebsgruppen!
- ★ Vernetzung und vorbehaltlose Unterstützung aller Belegschaften, die sich in einem Arbeitskonflikt befinden, durch den ÖGB!

...eine Partei der ArbeiterInnenklasse

Die SPÖ hat in den letzten Jahren für das Kapital die Schmutzarbeit geleistet. Der Rechtsruck der Sozialdemokratie, das Verleugern ihrer Wurzeln als ArbeiterInnenpartei hat zu schweren Wahlniederlagen geführt. Wir kämpfen in der Sozialdemokratie für einen sozialistischen Kurswechsel.

- ★ Wir brauchen eine ArbeiterInnenpartei, in der nicht mehr Manager und Banker, sondern GewerkschafterInnen und linke Jugendliche das Sagen haben.
- ★ Kämpfen wir in der SPÖ für ein sozialistisches Programm und echte Parteidemokratie.
- ★ SPÖ-Abgeordnete und -Funktionäre sollen nicht mehr als einen Facharbeiterlohn verdienen.
- ★ Keine Koalition mit bürgerlichen Parteien! Keine Unterordnung unter das Programm des Kapitals und der ÖVP!

... für die Einheit der ArbeiterInnenklasse

Die kommunistische ArbeiterInnenbewegung blieb historisch immer in einer deutlichen Minderheit, die christliche ArbeiterInnenbewegung hat sich nur selten aus der Umklammerung der Bürgerlichen lösen können. Wo diese Organisationen jedoch eine praktische Rolle im Sinne der ArbeiterInnen- und Jugendbewegung errungen haben (in der Gewerkschaftsbewegung, im steirischen Landtag, in der ÖH und der Jugendbewegung im Allgemeinen) stehen wir für eine Einheitsfront der traditionellen Organisationen der ArbeiterInnenklasse und Jugend gegen die Bürgerlichen und ihre Politik.

...ein Ende der Diktatur des „freien Marktes“

Die Krise hat gezeigt: Der Kapitalismus hat versagt! Wir fordern die Überführung aller Schlüsselbereiche der Wirtschaft (Banken, Finanzinstitutionen, Großkonzerne) in Gemeinschaftseigentum unter der demokratischen Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten und KonsumentInnen. Für ein Ende der kapitalistischen Profitlogik! Für eine demokratisch geplante Wirtschaft!

...sozialistischen Internationalismus

Unsere Solidarität gilt allen Klassenkämpferischen und revolutionären Kräften weltweit. Nein zum Evolupion des Kapitals und seiner Politik des Sozialabbaus und der Militarisierung. Gegen jede Form der imperialistischen Einmischungspolitik. Der Hauptfeind steht immer im eigenen Land! Für ein Europa der ArbeiterInnen, als Teil einer Sozialistischen Weltföderation!

Du stimmst mit diesem Programm überein?

Dann unterstütze unsere Arbeit zum Aufbau einer starken marxistischen Strömung in der ArbeiterInnen- und Jugendbewegung und werde aktiv!

Schick uns den ausgefüllten Rücksender oder schreib ganz einfach an redaktion@derfunke.at

Ich bestelle:

- ein Funke-Abo (€20 für 10 Ausgaben; Solipreis €30)
- ein Theoriemagazin zur arabischen Revolution (€4 + Porto)
- ___ Stk. T-Shirts „Eure Krise zahlen wir nicht“
Größe ___ (je €10)

Ich will:

- Infos über eure Veranstaltungen und Aktivitäten
- aktiv werden

Name:

Straße:

PLZ & Ort:

Telefonnr.:

E-Mail:

derfunke
Lustkandlgasse 10/1
1090 Wien